

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Hilfringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin O B 61, Belle-Alliance-Platz 5  
Drahtenschrift: Copelhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Hefen ist Berlin.

Berlin, den 5. Juli 1932.

Nummer 2.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

"Kölnische Volkszeitung" auf drei Tage verboten.

SPD. Das Reichsgericht hat ein Verbot der "Kölnischen Volkszeitung" für zulässig erklärt. Es hält den Tatbestand einer Verächtlichmachung des Reichskanzlers und der Schädigung lebenswichtiger aussenpolitischer Interessen des Reiches für gegeben. Hinsichtlich der Verbotsdauer hält es ein Verbot von drei Tagen für genügend. Das Verbot der "Kölnischen Volkszeitung" wird voraussichtlich gegen Ende dieser Woche in Kraft treten.

Fünf Tage Maulkorb für den "Vorwärts", drei Tage Maulkorb für die "Kölnische Volkszeitung"! Das Kabinett der Barone hat mit Hilfe des Reichsgerichts seine beiden repräsentativen Zeitungsverbote. Sozialdemokratie und Zentrum sind die beiden grossen Oppositionsparteien, an denen sich das Kabinett der Barone und seine Hitlertruppe die Zähne ausbeissen werden. Die Hauptorgane dieser beiden Oppositionsparteien sind verboten worden. Das ist gewiss eine repräsentativ Angelegenheit und wir zweifeln nicht, dass der nationalsozialistische Bundesgenosse dafür einiges Lob spenden wird! Lob für den guten Willen, der damit bewiesen worden ist. Die Wirkung der Verbote aber wird ganz anders sein als sie sich das Reichskabinett gedacht hat, als es darüber Beschluss gefasst hat! Sie wird vor allem aber auch ganz anders sein als Hitler und die Seinen es sich vorgestellt haben! Das Lob für das Verbot der "Kölnischen Volkszeitung", das die Reichsregierung von den Nationalsozialisten erhalten wird, wird vielleicht sogar noch stärker sein als das Lob für das Verbot des "Vorwärts"; denn schliesslich wird es für Herrn von Papen eine viel kitzligere Sache gewesen sein, die "Kölnische Volkszeitung" zu verbieten!

Das Zentrum ist unverkennbar in Kulturkampfstimmung und wenn es etwas gibt was wie Oel im Feuer wirkt, so dies Verbot des grossen rheinischen Organs der deutschen Katholiken. Die Kluft zwischen dem Rheinland und der aus Ostelbien stammenden Reichsregierung wird dadurch noch vertieft werden. Wenn die Reichsregierung so offenkundig ihre diktatorischen Absichten zeigt, so wird der Kampfwille der Opposition sich ver Hundertfachen. Auf der Riesendemonstration der Berliner Arbeiterschaft rief der Führer der Berliner Sozialdemokratie aus: "Herzlichen Dank für Herrn von Gayl für geleistete Wahlhilfe!" Das Zentrum wird Herrn von Gayl und Herrn von Papen den gleichen Dank abstatten können:

Sachlich ist das Verbot der "Kölnischen Volkszeitung" so wenig gerechtfertigt wie das Verbot des "Vorwärts", und dass ein Senat des Reichsgerichts, noch dazu dieser 4. Strafsenat, bestimmen soll, was lebenswichtige innen- und aussenpolitische Interessen des Reiches wären, das wird mit uns eine breite Öffentlichkeit ablehnen! Das Pressepiratentum ist nicht in den Blättern der Sozialdemokratie und des Zentrums zu finden, es bevölkert vielmehr die Organe der nationalsozialistischen Regierungspartei, jene Organe, denen die Kritik an der Regierung Papen verboten ist, weil Herr Hitler mit dieser Regierung

einen politischen Pakt abgeschlossen hat, der ihm die Verantwortung für die Hitlernerotverordnung auferlegt. In diesen Organen tobt sich das Pressepiraten-tum aus und enthüllt in widerlichster Form die innere Gemeinheit und das Untermenschentum, die in der nationalsozialistischen Partei zu Hause sind! Dort wird zum Mord gehetzt, dort werden der Reichsregierung Pläne unterstellt, die Verbrechen gegen Verfassung und Volk darstellen würden, ohne dass die Reichsregierung darin eine Verächtlichmachung oder die Gefährdung wichtiger innen- und aussenpolitischen Interessen des Reiches erblickt.

Diese schreiende Ungerechtigkeit, die Blindheit gegenüber den Ausschreitungen der rechtsradikalen Pressemeute und die Maulkorb-fabrikation für die oppositionelle Presse sind Kennzeichen des Faschismus. Eine Reichsregierung, die amtlich von der Schuld der Kommunisten am Bürgerkrieg spricht, und dabei die Schuld der Nationalsozialisten verschweigt, ist keine objektive Sachwalterin der Pressefreiheit! Diese Reichsregierung ist eine ausgesprochene Partei-regierung, die von den Nationalsozialisten abhängig ist. Sie hat kein Mandat vom Volke und der 31. Juli wird zeigen, dass das Volk sein Urteil gegen sie spricht.

Die Nationalsozialisten erwarten von dieser Regierung rund und nett den Terror gegen die Opposition und vor allem gegen die Arbeiterbewegung. Sie suchen sie vorwärts zu treiben und so ruft eines der übelsten nationalsozialistischen Hetzblätter, die "Berliner Börsen-Zeitung" darnach, dass die Notverordnung über die Presse so geändert werden müsse, dass das Reich über die Länder-regierungen hinweg Zeitungsverbote handhaben und durchführen könne. Die letzten Hüllen sollen fallen, ungehemmt soll die reine Willkür herrschen. Es sind noch 3 Wochen bis zur Reichstagswahl und in diesen drei Wochen wollen die Faschisten und Terroristen ein Höchstmass von Faschismus in Deutschland verwirklichen! Wenn das so weiter geht, wird man bald in Hetzblättern dieses Schlages eine Aufforderung an die Reichsregierung lesen, dass die Abgabe eines nichtnationalsozialistischen Stimmzettels als Schädigung wichtiger innen- und aussenpolitischen Interessen Deutschlands anzusehen und zu verbieten sei!

Aber nur gemacht! Die Bäume des Terrors wachsen nicht in den Himmel und die Flut der Abwehrkräfte steigt immer höher. Die Hetzer und Terroristen dürfen nicht glauben, dass sie die freiheitliebende deutsche Bevölkerung wie eine Hammelherde unters Joch beugen werde! So wenig wie sich die Wahrheit unterdrücken lässt, so wenig unterwirft sich die kampferfahrene deutsche Arbeiterbewegung dem Faschismus, und wer sie terrorisieren will, der wird Erfahrungen mit dem Volkszorn machen! Unsere Parole heisst: "Freiheit!" und wir werden die Freiheit verteidigen!

Heute reissen die am weitesten das Maul auf, die schon einmal zu tiefst in den Löchern gesessen haben. Sie werden wieder einmal in den Löchern sitzen und wir - wir werden nicht vergessen!

-----

SPD. Von gewisser Seite werden geflissentlich tendenziöse Darstellungen über die am 27. Juni bei Minister Dr. Hirtsiefer als stellvertretendem Preussischen Ministerpräsidenten stattgehabte Konferenz der leitenden Landesminister verbreitet, darunter auch Behauptungen über eine Rede und gewisse Absichten des Staatssekretärs Dr. Abegg. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, sind alle diese Darstellungen völlig aus der Luft gegriffen. Staatssekretär Dr. Abegg hat bei dieser Konferenz überhaupt nicht das Wort genommen.

-----

SPD. Dresden, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Gegen den nationalsozialistischen Bürgermeister Dr. Bührer in Dresden ist jetzt in dem auf Beschluss der städtischen Körperschaften eingereichten Disziplinarverfahren durch einen Richter die Voruntersuchung eingeleitet worden. Dr. Bührer wechselte bekanntlich 14 Tage nach seiner Einzeichnung in das Buch der Eisernen Front von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten. Er wurde vor fünf Jahren auf seine Bewerbung hin von Pforzheim, wo er als Bürgermeister tätig war, zum Finanzdezernenten in Dresden gewählt. In Dresden betätigte er sich in der sozialdemokratischen Bewegung nur in ganz geringem Umfange. Bührer hatte vielmehr notwendig, seine ganze Kraft den Finanzen der Stadt Dresden zu widmen, denn wie sich vor einigen Monaten herausstellte, hat er ohne Befragen der städtischen Körperschaften und ohne dass er seinen Vorgesetzten, den Oberbürgermeister oder sonst irgend eine Stelle unterrichtete, Finanzgeschäfte abgeschlossen, die für die Stadt Dresden einen Schaden von 7 bis 8 Millionen Mark betragen. Von diesen Manipulationen, die allgemein und vor allem in Finanzkreisen die höchste Verwunderung erregen, hat Dr. Bührer auch nicht die sozialdemokratische Stadtverordneten- und Ratsfraktion unterrichtet. Einem Berliner Notar Dr. Aron, der inzwischen Selbstmord verübt hat, stellte er hohe Beträge zum Rückkauf Dresdner Stadtanleihe zur Verfügung, ohne dass die erforderliche sorgsame Kontrolle geübt wurde, und die Stadt Dresden erlitt dadurch einen Schaden von rund 600 000 Mark. Den grössten Teil des Schadens aber umfasst ein reines Spekulationsgeschäft, das von Dr. Bührer, mit einem ganz kleinen, in Bankkreisen kaum bekannten Darmstädter Bank abgeschlossen wurde. Es handelt sich hier um Riesensummen, die zum Ankauf neuer Deutscher Reichsanleihe-Ablösungsschuld ohne Auslosungsrecht aufgewendet wurden. Nach dem jetzigen Stand der Untersuchung hat die Stadt Dresden durch Kursverluste und Ueberbezahlung bei den Ankäufen den oben genannten Millionenschaden erlitten.

Dr. Bührer ist zunächst das Finanzdezernat entzogen worden. Anstatt nun zunächst einmal das Ergebnis des Disziplinarverfahrens abzuwarten, von dessen Ausgang im übrigen auch noch zivil- und strafrechtliche Folgen abhängen, reist der neugebackene nationalsozialistische Bürgermeister im ganzen Reiche umher und betätigt sich als fleißiger Referent der NSDAP über das Thema: "Hinter den Kulissen der SPD". Schon allein die Tatsache, dass Dr. Bührer in der sozialdemokratischen Organisation sich so gut wie nicht betätigte, lässt erkennen, dass es ihm bei seinen Referaten in Wirklichkeit nicht darauf ankommt, sachliche Auseinandersetzungen mit seiner früheren Partei zu pflegen, weil er von den Organisationsverhältnissen der SPD keine Ahnung hat. Die Nationalsozialisten brillieren überall dort, wo man Herrn Dr. Bührer und seine katastrophale Finanzpolitik nicht kennt, mit ihm als Paradepony. Damit mögen sie hier und da zunächst noch Eindruck schinden. Die Zeit ist aber nicht mehr fern, wo sie auch damit einen schweren Zusammenbruch erleiden werden!

-----

SPD. Dresden, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Führer für Sachsen, Reichstagsabgeordneter Mutschmann, hat vor einiger Zeit scharfe Angriffe gegen die Lehrer erhoben. Abgeordneter Fischer-Plauen, der Schulleiter ist, nahm gegen Mutschmann Stellung. Die Folge davon war die Einleitung eines Ausschlussverfahrens gegen ihn. Seit längerer Zeit bestehen daher sehr gespannte Beziehungen zwischen Fischer und der nationalsozialistischen Fraktion. Die Entscheidung über das Ausschlussverfahren dürfte binnen kurzem fallen. Vermutlich wird sich der Abgeordnete Fischer einer kleinen Fraktion anschliessen.

-----

SPD. Itzehoe, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Durch Selbstmord flüchtete ein arbeitsloser Greis aus dem Wohlfahrtsstaat Hitler-Papen. Der seit langer Zeit Arbeitslose hatte erklärt, dass die gekürzte Rente zu wenig zum Leben sei und er unter diesen Verhältnissen das Leben satt habe.

-----

SPD. Zürich, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Das schweizerische Parlament ist am Montag zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammengetreten. Verhandlungsgegenstand ist die Schaffung einer eidgenössischen Darlehnskasse, deren Aufgabe es sein wird, für die Mobilisierung eingefrorener Auslandskredite schweizerischer Unternehmen zu sorgen. Die schweizerischen Anlagen im Ausland werden auf rund 12 Milliarden Schweizer Franken geschätzt, wovon 4 bis 5 Milliarden flüssig angelegt wurden. Die Darlehnskasse wird über ein Grundkapital von 100 Millionen verfügen, wovon der Bund 75 Millionen, die Banken und anderen Unternehmen 25 Millionen bereitstellen. Die Leistung des Bundes kann jedoch bis auf 275 Millionen erhöht werden. Der Verwaltungsrat wird von der eidgenössischen Regierung ernannt. Die Sozialdemokraten werden die Rückverweisung der Vorlage verlangen, um die gleichzeitige Einführung der Bankenkontrolle zu erreichen. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass die Vorlage angenommen werden wird.

-----

SPD. Paris, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Generalinspektor des französischen Pensionsministeriums Marcel Lehmann ist am Montag in seinem Büro tot aufgefunden worden. Lehmann hatte wahrscheinlich in einem Anfall von Schwermut Selbstmord begangen, indem er sich eine Kugel in die Brust schoss.

-----

SPD. Paris, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

In Paris hat am Montag unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil die diesjährige Vollversammlung des Weltverbandes der völkerbundsligen begonnen. Auf der Tagesordnung der Versammlung stehen alle Fragen, die den Völkerbund selbst beschäftigen, wie z.B. die Abrüstung, die Arbeitslosigkeit, der russisch-japanische Konflikt, die europäische Zusammenarbeit usw. Ausserdem steht zur Beratung das Thema "Die Krise des Völkerbundes". In dieser Frage hat die deutsche Völkerbundsliga im Auftrage des Vorstandes des Verbandes eine 70 Seiten lange Denkschrift ausgearbeitet, die nach Aufdeckung der Mängel des Völkerbundes wertvolle Vorschläge für die Reorganisation des Generalsekretariats und die Verhandlungsmethoden vorschlägt.

-----

SPD. Hannover, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Unter jubelnder Begeisterung und stürmischen Freiheitsrufen einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge wurden am Montag-Abend auf dem festlich geschmückten Gewerkschaftshaus die Freiheitsfahnen gehisst. Anschliessend fand im Volksheimsaal ein Führerappell der Eisernen Front statt, mit dem die hannoversche Sozialdemokratie den Wahlkampf eröffnete. Trotz drückender Julihitze waren über 2 500 Funktionäre aller Sparten der Arbeiterbewegung erschienen. Mit hochgerekten Räusten begrüsst die Menge den Einmarsch der Freiheits-

fahnen und sang spontan den Sozialistenmarsch. Eine derartige Kampf Stimmung und Begeisterung, wie sie am Montag-Abend zum Ausdruck kam, ist noch niemals in der sonst so ruhigen und zurückhaltenden hannoverschen Arbeiterschaft vorhanden gewesen!

-----

SPD. New York, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Feiern anlässlich des Unabhängigkeitstages sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Durch Verkehrs-, Feuerwerk- und Schwimminfälle wurden 100 Todesopfer gefordert. Im Vorjahr betrug diese Zahl 354.

Bei der Garibaldi-Gedenkfeier in Rosebank kam es zwischen faschistischen Organisationen und Antifaschisten zu heftigen Zusammenstößen. Tausende Antifaschisten, die man am Betreten des Garibaldi-Gedenksteins hindern wollte, versuchten einen gewaltsamen Sturm auf die Gedächtnisstätte und wurden von der Polizei nach mehrfachen Nahkämpfen zurückgetrieben. Es gab mehrere Verletzte. Ein Antifaschist wurde nachträglich durch einen Schuss aus dem Hinterhalt getötet.

-----

SPD. Die deutsche Volkspartei hat sich selbst entmannt. Aus Sorge, im kommenden Reichsta. überhaupt nicht vertreten zu sein, hat sie sich Hugenberg unterworfen. Gegen die Erklärung, dass sie nur für eine Rechtsregierung eintreten werde, sind ihr acht Sitze auf der deutschnationalen Reichstagsliste gnädigst zugestanden worden. Man ersieht daraus, dass die Volkspartei maximal mit etwa 600 000 Stimmen im Reiche rechnet. Das Erbe Stresemanns ist restlos vertan, der letzte kümmerliche Rest von Liberalismus ist zum Teufel, Dingeldey und sein Bäckerdutzend marschieren am Schwanz der Ewiggestrigen!

Diese Selbstentmannung hat eine ganze Reihe von volksparteilichen Politikern veranlasst, aus der Deutschen Volkspartei auszuscheiden. Der Abgeordnete Dr. Cremer und der Verbandsvorsteher Bechly, haben in einem Schreiben an den Parteiführer Dingeldey betont, dass die enge Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen, die ja folgerichtigerweise zu einer Verschmelzung führen muss, für sie so bedenklich sei, dass sie aus der Partei austreten müssten. Diesem Beispiel werden eine Reihe von anderen Politikern folgen, u.a. die Reichstagsabgeordneten Thiel und Glatzel. Neben den Arbeitnehmern gehören also noch andere Kreise zur Opposition gegen Dingeldey, so vor allem die Beamten. Ueber die ausgeschiedenen Abgeordneten kann heute noch nichts gesagt werden. Es ist wahrscheinlich, dass sie bei der Reichstagswahl ihren Freunden bestimmte Parolen für andere Parteien geben werden. Die Aufstellung der Volksparteiler auf der Reichsliste der Deutschnationalen Volkspartei ist abgeschlossen. Geheimrat Hugenberg hat den früheren Finanzminister Moldenhauer abgelehnt und lediglich der Kandidatur der Herren Dingeldey, Hugo, Morath, v. Stauss, Dr. Zapf und einer Frauenvertreterin zugestimmt. Nicht einmal ihre Kandidaten dürfen sie selber aussuchen!

Die Geschichte der Deutschen Volkspartei ist zu Ende. Ein unrühmliches, aber wohlverdientes Ende!

-----

SPD. Breslau, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Wie bereits gemeldet, veranstalteten etwa 130 SA-Leute aus dem Kreise Nimptsch am Sonntag-Abend eine regelrechte faschistische Terrorschiffahrt in das Steinarbeiterdorf Gorkau. Ein Arbeitersamariter wurde dort von den Nazis fast totgeschlagen und mehrere Reichsbannerleute leicht verletzt. Dieser Ueber

fall ist, das ergeben die bisherigen Ermittlungen eindeutig, von den Hakenkreuzlern planmässig herbeigeführt worden. Obwohl der geradezu viehisch miss-handelte Arbeitersamant in bedenklichem Zustand daniederliegt, scheinen den Nazis die Wirkungen ihres ersten Auftretens noch nicht zu genügen. Am Montag-Abend erklärte der SA-Führer Fellmann in einer öffentlichen Versammlung in der Nachbargemeinde Gollschau, man werde noch am gleichen Abend zum zweitenmal nach Gorkau herüberkommen, um dort endgültig aufzuräumen. Sofort nach Bekanntwerden dieser Drohung entsandte das Landratsamt in Nimptsch ein Ueberfallkommando nach Gollschau und liess eine Durchsuchung der Nazis nach Waffen vornehmen. Man fand in den eleganten Kraftwagen der sogenannten Arbeitsführer zahlreiche Revolver, Stahlruten und Gummiknüppel.

Den arbeitslosen Steinarbeiterinnen liess der Nazisturmführer Fellmann sagen, sie sollten in Zukunft auf ihrem regelmässigen Gang zum Stempeln die Nähe seines Hauses meiden. Er würde jedem roten Weib aus Gorkau, das ihm zu Gesicht käme, die Kopfhaut abziehen. Den Arbeiterinnen haben diese brutalen Aeusserungen eine derartige Angst eingeflösst, dass sie jetzt weite Umwege querfeldein machen, um der Nazibestie Feldmann nicht zu begegnen.

-----

SPD. In einem Rundschreiben der Kommunistischen Partei an die Mieterorganisationsationen leistet sie sich folgendes fälscherkunststück über das Kabinett Hermann Müller. In dem Zirkular wird ausgeführt: "Welche grossen Versprechungen wurden bei den Maiwahlen 1928 gemacht? Nach den Wahlen wurde der Bürgerblock gestürzt. Die Hermann Müller-Regierung übte 21 Monate lang die Herrschaft aus. Unter ihrer Leitung hat sich für die Mieterschaft nichts gebes - ssert. Zwar sind Richtlinien für das Wohnungswesen dem Reichstag vorgelegt worden, aber nichts davon ist praktisch durchgeführt. Die Mittel für den Wohnungsbau wurden gekürzt."

Es wird die unwahre Behauptung aufgestellt, dass das Kabinett Müller an der Kürzung der Hauszinssteuermittel Schuld sei. Tatsächlich wurden aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau aufgewendet: 1928 850, 1929 850, 1930 800 Millionen Mark. Erst als das Kabinett Müller am 1. April 1930 gestürzt wurde, setzten die Notverordnungen des Brüning-Kabinetts ein, das mit Rücksicht auf die anschwellenden Ausgaben der Länder und Gemeinden die Hauszinssteuermittel gegen den heftigsten Widerspruch der Sozialdemokraten für den Wohnungsbau drosselte. Diese Schwindelmethode der Kommunisten ist auch ein Beitrag zur "Einheitsfront"!

-----

SPD. Paris, 5. Juli (Eig. Drahtb)

In der Kammer antwortete am Dienstag-Nachmittag der Arbeitsminister auf die verschiedenen Interpellationen über die Arbeitslosigkeit, die in den letzten 14 Tagen von Abgeordneten aller Parteien auf der Kammertribüne entwickelt worden waren.

Der Minister erklärte, das Kabinett habe in der Regierungserklärung bestimmte Verpflichtungen inbezug auf die Besserung der Lage der Arbeitslosen übernommen. Diese Verpflichtungen seien eingehalten worden oder seien im Begriff, eingehalten zu werden. Die Abschaffung der Sechsmonatsgrenze für die Auszahlung der offiziellen Arbeitslosenunterstützung sei bereits erfolgt. Was die arbeitslosen Kunsthandwerker und Intellektuellen betreffe, so habe die Regierung für sie eine besondere Unterstützungskasse mit gegenseitigem Charakter eingerichtet, der die Regierung Gelder aus dem Fonds für die Kunsthandwerker zuweisen werde. Einentsprechender Gesetzentwurf sei ausgearbeitet und werde demnächst in der Kammer eingebracht werden. Ferner habe die Regie-



zung versprochen, allen Arbeitslosen eine öffentliche Unterstützung zu sichern auch wenn sie in Gemeinden wohnen, die keinen Arbeitslosenfonds besitzen. Um dies zu ermöglichen sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der den Präfekten gestatte, den Arbeitslosen nötigenfalls aus den Fonds der Departements die Unterstützungen auszahlen zu lassen. Das letzte Versprechen habe die Kurzarbeit betroffen. Die Frist von 18 Wochen, in der Kurzarbeiter eine Unterstützung erhalten konnten, sei abgeschafft. Weitere Hilfsmassnahmen seien vorgesehen. Die Regierung habe sich auch mit dem Problem der ausländischen Arbeiter beschäftigt. Seit seiner Ernennung zum Minister seien, von einigen Ausnahmen abgesehen, sämtliche Einwanderungsanträge abgelehnt worden. Was die in Frankreich seit mehreren Jahren ansässigen Ausländer und besonders die politischen Flüchtlinge anbetrifft, könne nicht die Rede davon sein, sie wieder in ihre Heimat abzuschicken. Falls aber einmal derartige Massnahmen notwendig sein sollten, würden sie mit der grössten Rücksicht durchgeführt werden.

Das wahre Heilmittel für die Krise, so fuhr der Minister fort, bestehe darin, den Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Eine Verordnung werde demnächst veröffentlicht werden, die es den Gemeinden und Departements erlaube, gewisse Notstandsarbeiten mit staatlicher Unterstützung durch Arbeitslose ausführen zu lassen. Die Frage der Verringerung der Arbeitszeit müsse international geregelt werden. Die Internationale Arbeitskonferenz prüfe dieses Problem, und die französische Regierung werde alles tun, um seine Durchführung zu erleichtern. Im übrigen werde die Regierung bald das Parlament bitten, das Abkommen über die Arbeitszeit in den Kohlengruben und in den nichtindustriellen Berufen zu ratifizieren. Er werde nirgends mehr die Ermächtigung zu Ueberstunden geben und gedenke die gegenwärtig gewährten Ausnahmen soweit als möglich rückgängig zu machen. In gewissen Kreisen, so schloss der Minister, liebe man es, die Arbeitslosen als Faulenzer zu bezeichnen. Dagegen müsse er mit Nachdruck protestieren. Denn die traurigste Sache des Lebens sei Müssigkeit und besonder dann, wenn dadurch Familien und Kinder betroffen werden. Die Arbeitslosen seien für die Krise nicht verantwortlich. Er beschäftige sich eingehend mit ihrer traurigen Lage. Niemand habe das Recht, an seinem guten Willen zu zweifeln. Er verspreche, mit allen seinen Kräften das zu tun, was die Arbeiter von ihm erwarten. Dazu bitte er um das Vertrauen der Kammer.

Die Rede des Ministers fand bei den Linksparteien grossen Beifall.

Nachdem noch zwei kommunistische Interpellanten gesprochen hatten, wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

Am Schluss der Sitzung beschloss die Kammer, die Debatte über den Gesetzentwurf über den Ausgleich des Budgets auf nächsten Montag festzusetzen. Die Kommission wird am Mittwoch mit der von der Regierung gewünschten zweiten Prüfung der Vorlage beginnen.

-----  
SPD. Paris, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Dienstag den bereits von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf verabschiedet, der ehemaligen Präsidenten der Republik, die sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben, eine jährliche Pension von 200 000 Francs und ihren Witwen oder minderjährigen Kindern eine solche von 100 000 Francs zuspricht. Das Gesetz findet im Falle Poincaré und der Witwe Doumers Anwendung.

-----

SPD. München, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Wegen Anstiftung zum Mord wurde der nationalsozialistische Drogenfabrikant Danzeisen vom Münchener Strafgericht am Dienstag zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Inhalt des Prozesses ist eine Affäre des Braunen Hauses und gibt einen charakteristischen Begriff von der verpesteten Sticklufft, in denen einflussreiche Größen der Hitler-Bürokratie ihr politisches Handwerk betreiben. Der Mordplan kam im April dieses Jahres durch Enthüllungen der Münchener Post ans Tageslicht. Nun griff auch die Polizei zu und verhaftete eine Anzahl Nazi-Komplizen, von denen aber nur einer, der Fabrikant Danzeisen, als Anstifter hinter den schwedischen Gardienen blieb. Alle übrigen wurden nach dem Verhör wieder freigelassen. Im Mittelpunkt der Anklage stand der Mordbrief des Danzeisen, den er am 12. März dieses Jahres an den Karlsruher Nazimann Horn gerichtet hatte. Dieser Brief, dessen Wortlaut nur Eingeweihten verständlich war, enthüllt jene Mordromantik, die seit 1920 in den Köpfen der sogenannten Nationalaktivisten spukt. Er gibt dem Empfänger Aufschluss und Anweisung über die Umlegung des Stabschefs Röhm, seines Adjutanten du Moulin-Eckart und eines gewissen Bell, der die beiden erstgenannten vermutlich wegen ihrer "römischen" Veranlagung erpresst haben soll. Als Umleger wurde der 24jährige SA-Mann Güntsch gewonnen, der sich fünf bis sechs handfeste "Spezi" auszusuchen hatte, um den Bell wegzuräumen. Besonders interessant ist, dass der Nazi-Reichstagsabgeordnete Major Buch in den Mordplan des Danzeisen eingeweiht war. In dem Mordbrief wird er sogar als einer der Hauptbeteiligten der Umlegeaktion gegen Röhm bezeichnet, der "bei Schwierigkeiten finanzieller Natur die Sache mit den dicken Mann übernimmt". Bei der Verhandlung wollte Bell von diesen Dingen allerdings nicht mehr viel wissen, aber Röhm sagte als Zeuge aus: "Es ist meine feste Ansicht, dass tatsächlich geplant war, zuerst Herrn Bell, dann du Moulin-Eckart und schliesslich auch mich zu beseitigen, und ich habe die Auffassung, dass Herr Major Buch an der ganzen Angelegenheit nicht unbeteiligt ist." Trotz dieser Aussage legte das Gericht keinen Wert darauf, den Komplex Buch weiterzuverfolgen. Es berührte auch ausserordentlich merkwürdig, dass der Angeklagte Danzeisen, der sich als gefährlicher Gegner führender Nazis betätigt hatte, durch einen Parteianwalt aus der Kanzlei Frank II verteidigt wurde. Das legt den Verdacht nahe, dass ein erschöpfender Einblick in den ganzen Zusammenhang dieser Verschwörung verhindert werden soll.

Die Münchener Post hatte seinerzeit im Zusammenhang mit den geschilderten Vorgängen auch sehr greifbare Andeutungen über das Vorhandensein einer tscheke ähnlichen "Zelle G" innerhalb der Nazi-Partei gemacht. Nichts lag näher, als dass das Gericht in diesem Prozess sich auch gleich für diese dunklen Dinge interessiert hätte, durch die die ganze Mordaffäre im Braunen Haus hätte aufgeklärt werden können. Die Aufklärung wäre umso leichter gewesen, als durch Vermittlung des Staatsanwaltes hierfür zwei wichtige Zeugen namhaft gemacht und herbeizitiert worden waren: der mordbedrohte Ingenieur Bell und der Reichsbannerführer Major Mayr. Der letztere war eigens mit dem Flugzeug aus Magdeburg zur Verhandlung herbeigeeilt. Das Gericht tat aber der Nazi-Partei den Gefallen, sich nicht um diese Dinge zu kümmern, lehnte den staatsanwaltschaftlichen Antrag ab und verzichtete auf beide Zeugen.

Mit diesem Ausgang des Prozesses ist eine Gelegenheit verpasst worden, Klarheit in die Geheimnisse des Braunen Hauses zu bringen. Als seinerzeit die "Münchener Post" die Mordpläne Danzeisens enthüllte, flüchteten Röhm, du Moulin-Eckart und Bell nach Berlin, offenkundig weil sie Furcht hatten umgelegt zu werden. Herr Bell erschien im Auftrage von Herrn Röhm auf der Redaktion des "Vorwärts" und gab dort die Erklärung ab, dass tatsächlich Mordpläne gegen ihn, Röhm und du Moulin-Eckart im Gange seien. Es steht also fest, dass Herr Röhm sich so sehr fürchtete, dass er eine sensationelle Flucht in die Öffentlichkeit antrat. Nach dieser Veröffentlichung ist es dann plötzlich ganz still um diese Affäre geworden. Nun erlebt man, dass Herr Röhm, der nächste



Vertrauensmann Hitlers und Stabschef der braunen Armee, vor Gericht den ebenfalls sehr prominenten Nationalsozialisten Major Buch, den Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beschuldigt, an Mordplänen gegen ihn beteiligt zu sein, und dass der Mordanstifter gegen Röhm von der Kanzlei des ebenfalls sehr prominenten Nationalsozialisten Frank II verteidigt wird. Das sind Zustände, wie sie sonst in keiner deutschen Partei möglich sind. Diese Zustände lassen tief blicken! Es entsteht die Frage: Auf welcher Seite stehen denn nun in dieser Angelegenheit Herr Adolf Hitler, auf der Seite Röhrs oder auf der Seite Buchs? Haben die Herren im Braunen Hause alle den Revolver in der Tasche, weil sich jeder vor seinen nächsten Mitarbeitern fürchtet?

-----

SPD. Dresden, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Sitzung des sächsischen Landtages wurden bei der Beratung des Justizetats Amnestieanträge der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Sozialdemokratie hatte eine Amnestie für Straftaten verlangt, die aus Not begangen waren, ferner für politische Delikte und für Vergehen gegen den § 218. Die Nazis verlangten Amnestie für politische Vergehen mit Ausnahme jener, die einer gegen den Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft verstossenden Abneigung entspringen. Bei der Debatte über den Polizei-etat übte Genosse Liebmann Kritik an den Misständen der sächsischen Polizei, insbesondere daran, dass mancher sächsische Polizeioffizier versuche, die sächsische Polizei für die Nazis nutzbar zu machen. Der sächsische Minister des Innern, Richter, liess in seiner Rede deutlich erkennen, dass er die Aufhebung des Uniformverbots durch die Reichsregierung für eine sehr bedenkliche Massnahme hält. Aus der Auflösung des deutschen Volkes in verschiedene militärisch organisierte Verbände müssten sich grosse Schwierigkeiten ergeben. Wenn die Reichsregierung trotzdem geglaubt habe, das Uniformverbot aufheben zu sollen, so trage sie allein dafür die Verantwortung. Die Aufhebung des Verbotes nicht zu beachten, sei aber nicht Aufgabe der sächsischen Regierung. Das würde solange verfassungswidrig sein, als nicht feststehe, dass die Reichsregierung unter Verletzung der Verfassung in die Polizeihohheit der Länder eingegriffen habe. Die Regierung müsse sich aber das Recht vorbehalten, bei der Reichsregierung Massnahmen anzuregen, die für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung erforderlich seien. Seit der Aufhebung des Uniformverbotes hätten ohne Zweifel die politischen Zusammenstösse sich wieder sehr stark vermehrt. Die Regierung habe die Polizeiorgane angewiesen, für den Schutz der friedlichen Bürger zu sorgen. Der Minister teilte daraufhin schliesslich noch mit, dass der Polizeihauptmann Schmidt aus Chemnitz vom Dienst beurlaubt und dass gegen diesen Offizier ein Verfahren auf Dienstentlassung eingeleitet worden sei. An dem Verhalten des Polizeihauptmann Schmidt war im Landtag scharfe Kritik geübt worden. Als Schmidt dies erfuhr, hatte er daraufhin u.a. vor versammelter Mannschaft gesagt: "Ich habe schon gestern abend Mitteilung erhalten, dass ich im Landtag, dieser Quasselbude, durch die Sch...e gezogen worden bin." - Der Polizei-etat wurde dann schliesslich mit den Stimmen der Bürgerlichen und Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

-----

SPD. Rom, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Die faschistische Presse erklärt am Dienstag mit solcher Einstimmigkeit ihre Stellungnahme zu der neuen Lage in Lausanne, dass kein Zweifel über die von der italienischen Delegation gegebenen Richtlinien erlaubt ist. Uebereinstimmend heisst es, dass Italien keinerlei Abkommen in Lausanne unterzeichnen

werde, das nur die Streichung der deutschen Reparationsschulden umfasst, nicht aber auch gleichzeitig die Streichung der Kriegsschulden an England in sich einschliesst. Die ganze Presse ist gegen England aufgebracht, weil es jetzt einseitig und egoistisch den Begriff der völligen Streichung auslegt. Es wolle nur seine in Deutschland eingefrorenen Kredite, also die Zahlung der Privatschulden gesichert haben, wenn es Deutschland in den Reparationszahlungen eine fast freie Bahn lasse und heute sogar die deutsche Delegation habe wissen lassen, dass man eventuell auch mit einer Zahlung von  $3\frac{1}{2}$  Milliarden Goldmark zufrieden wäre. England bestehe aber plötzlich auf der Zahlung der europäischen Kriegsschulden. Grandis Erklärung am Montag vor der ausländischen Presse bedeutete eine Flucht in die Öffentlichkeit, um die gleichzeitige Streichung der Kriegsschulden zwischen den europäischen Staaten, also vor allem an England, zu erreichen. Die Wirkung bei der englischen Delegation solle demgemäss auch nach den hier vorliegenden Berichten peinlich und gross sein. Die traditionelle englisch-italienische Freundschaft werde angerufen, damit im letzten Moment England noch nachgebe.

-----

SPD. Lausanne, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Abschluss der Nachmittagsverhandlungen vom Dienstag äusserten sich die Delegationsführer der Presse gegenüber dahin, dass eine prinzipielle Einigung in der Nacht erwartet werde. Die Unterredung MacDonaldis mit Herriot währte am frühen Nachmittag über zwei Stunden. Um die Mittagszeit wurden die Deutschen zu MacDonald gebeten und hatten ebenfalls eine lange Unterhaltung mit ihm. Der Unterhaltung lag ein englischer Vermittlungsvorschlag für die Lösung der Reparationsfrage zugrunde, der auf den englischen Wirtschaftler Layton zurückgeht. Von deutscher Seite wird erklärt, der Plan gehe etwa über den ursprünglichen deutschen Vorschlag hinaus. Man sei auf die Ausgabe von Reichsschatzbonds zurückgekehrt und habe die Idee der Barzahlungen in Annuitäten fallen gelassen. Man hört hier bestimmt, dass der Plan Laytons im wesentlichen in einer Teilung der Gesamtablösungssumme besteht, und zwar so, dass eine Tranche von 1,6 Milliarden ausgegeben werden soll mit einem festen Ausgabekurs von 90 Prozent, eine zweite Tranche von einer Milliarde mit einem festen Ausgabekurs von 95 Prozent. Diesem Plan habe Deutschland zugestimmt. Er bildet augenblicklich den Gegenstand einer Unterhaltung zwischen Herriot und MacDonald, von der es abhängt, ob in der Nacht eine Einigung möglich sein wird. De facto bedeutet der Plan ein Moratorium für Deutschland, da der feste Ausgabekurs und die Garantie für eine Ausgabe erst bei wirtschaftlicher Tragbarkeit Deutschlands Kreditlage nicht belasten und bei seiner augenblicklichen Zahlungsunfähigkeit eine Begebung nicht hergestellt werden kann. Die Sicherheit liegt für diesen Plan im Ausgabekurs selbst, der garantiert werden muss. Es ist ferner eine Klausel vorgesehen, dass bei einer Nichtunterbringung in zehn Jahren die Bonds gestrichen werden müssen.

Die englische Delegation ist ebenfalls für diesen Plan. Zu den 2,6 Milliarden, die mit fünf Prozent verzinst und mit einem Prozent amortisiert werden sollen, kämen natürlich noch die insgesamt 239 Millionen bestehender deutscher Leistungen für den Dienst aus der Dawes-Anleihe mit 85 Millionen, der Young-Anleihe mit 64 Millionen, der belgischen Markablösung mit 23 Millionen und der Gesamtablösung für Amerika mit 41 Millionen Goldmark. Vor allem wird von deutscher Seite hervorgehoben, dass es günstig sei, die Annuitäten wegfallen zu lassen und Schuldverschreibungen des Reiches dafür einzusetzen. Ueber den Endtermin ist bisher in den Verhandlungen noch nichts feststellbar gewesen. Die Deutschen haben bestimmte Anregungen und Wünsche zur Verbesserung dieses Kompromissvorschlages gemacht. Sämtliche Verhandlungspartner behalten noch freie Hand. Wenn aber bei allen Parteien die Annahme gesichert ist, nimmt

auch Deutschland den Plan an. Augenblicklich liegt die Entscheidung allein bei der französischen Delegation. Die Frage der Schonfrist ist noch ungeklärt, dagegen betonen die Deutschen, dass die Schlussfrist für die Reichsschatzbonds wichtiger sei als die Schonfrist.

Es liegt auch noch ein Vermittlungsvorschlag vor, um der französischen Delegation die Annahme zu erleichtern. Er besteht in der Möglichkeit einer Staffelung für die Verzinsung der Reichsschatzbonds, die so gedacht ist, dass man die erste Tranche vielleicht mit sechs Prozent ausgeben könnte und die weiteren Verschreibungen hinab bis zu vier Prozent. Die Deutschen haben ebenfalls bei ihren Vorschlägen eine Reihe von politischen Forderungen, und zwar die gleichen wie sie kürzlich in den deutschen Gegenvorschlägen gemeldet wurden geltend gemacht. Herriot erklärte beim Herauskommen aus der Unterredung mit MacDonald am späten Nachmittag, Frankreich könne sich unter keinen Umständen auf diese politischen Forderungen einlassen. Es scheint demnach so zu sein, dass man auf französischer Seite bei einer Einigung über die politischen Forderungen auch heute noch über die finanziellen Forderungen zu einer Zustimmung kommen dürfte.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Sie wollen keine Barone sein.

---

SPD. Der Klassenkampfcharakter der Reichsregierung von Hitlers Gnaden wird bekanntlich am trefflichsten dadurch gezeigt, dass die überwältigende Mehrheit seiner Mitglieder von Adel ist. Diese Regierung heisst deshalb vom ersten Tage ihres Bestehens an das Kabinett der Barone. Diese Bezeichnung ist treffend in jeder Hinsicht. Der Freiherr von Gayl, der Freiherr von Braun, der Herr von Papen, der Herr von Neurath, der Herr von Schleicher, sie alle sind Barone. Es lässt sich nicht bestreiten. Die Bezeichnung des Kabinetts der Barone ist also einfach die Konstatierung einer Tatsache. Dass diese Bezeichnung aufreizend wirkt, ist nicht Schuld derer, die sie gebrauchen, es ist vielmehr die Schuld jener Kreise, die es gewagt haben, dem deutschen Volke, einem freien demokratischen Volke, eine Regierung des Adels vorzusetzen, die es nicht haben will. Diese Bezeichnung wirkt aufreizend, weil sie in drei kurzen Worten zeigt, dass diese Regierung eine Regierung des Klassenkampfes von oben ist.

Die Bezeichnung sitzt, und deshalb heult die Reaktion vor Wut auf. Die "Deutsche Tageszeitung", das Organ der gehässigsten Feinde der Republik und der Demokratie und der fromme "Reichsbote", das Blatt der verstockten reaktionären monarchistischen evangelischen Pastoren, fordern Zeitungsverbote und Strafverfahren wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung und das alles nur wegen der Bezeichnung "Kabinett der Barone"!

Die "Deutsche Zeitung" fragt voll ingrimmiger Wut, ob unter Brüning oder Müller ein Rechtsblatt hätte wagen dürfen, das Kabinett Müller als ein "Kabinett der Ballonmützenproleten und Quacksalber" und das Kabinett Brüning als das "Kabinett der Gewerkschaftsbonzen" zu betiteln. Auf diese Frage ist zunächst zu antworten, dass es Hunderte von Beispielen dafür gibt, dass die Rechtspresse diese beiden Regierungen in ähnlicher Weise herabzusetzen versucht hat und dass beide Regierungen derartige Bezeichnungen mit Achselzucken aufgenommen haben, ohne etwas dagegen zu unternehmen.

Zum zweiten aber ist zu diesem Schrei nach dem Zeitungsverbot und dem Staatsanwalt folgendes zu sagen: Ballonmützenprolet ist entschieden ein Schimpfwort, das in der Absicht gebraucht wird herabzusetzen und verächtlich zu machen. Aber ist der Ausdruck Baron oder Herr Baron ebenfalls ein solches Schimpfwort? Wir gestehen, dass wir das bisher nicht gewusst haben. Wir haben vielmehr sehr oft die Erfahrung gemacht, dass die Herren vom Adel nicht auf den Baron verzichten wollen. Und nun, wo festgestellt wird, dass sie wirklich Barone sind, soll es auf einmal "infame Ehrabschneidung" sein?

Wir würden mit uns über diesen Vergleich reden lassen, wenn der deutsche Adel zugestehen will, dass es eine Schande ist ein Baron zu sein. Solange aber ein solches Zugeständnis nicht erfolgt, muss die Presse der Reaktion es schon ertragen, dass das Kind beim richtigen Namen genannt wird! Der Herr Baron bleibt dann eben der Herr Baron, auch wenn er Reichsminister von Hitlers Gnaden geworden ist!

Verschandelung der Natur.

---

Der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, hat Sorgen, dass in diesem Wahlkampf es unordentlich zugehen könnte. Er hat deshalb die Länder-

regierungen ersucht darauf zu achten, dass im Sinne des Heimat- und Denkmal-  
schutzes keine Störung des Städte- und Landschaftsbildes durch die Wahlpro=  
paganda erfolgt. Nun sage noch einer, dass wir nicht gut regiert werden! Wel=  
che Sorgen um den ruhigen Verlauf des Wahlkampfes! Welche Mühen, um eine Ver=  
schandelung der Natur zu verhindern!

Man scheint im Reichsministerium des Innern der Ansicht zu sein, dass die  
Notverordnungsjacken von Hitlers SA eine Verschönerung und Bereicherung des  
Städte- und Landschaftsbildes vorstellen, dass sie mit ihrem braun die Gegend  
in angenehmer Weise beleben. Auch das stört das Städtebild nicht, dass in den  
grossen Städten täglich Tote und Schwerverletzte in ihrem Blut auf den Stras=  
sen liegen. Das muss so sein und die Länderregierungen, die auf ihre Weise es  
verhüten wollten, mussten sich den Anordnungen des Reichsministeriums des  
Innern fügen.

Aber wenn es auch so ist, so ist doch wenigstens Vorsorge getroffen, dass  
nach Möglichkeit keine Hauswände bemalt werden. Und das ist ja schliesslich  
auch die Hauptsache!

### Der ruppige Rupp.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Rupp  
sprach auf einer Studentenversammlung in Heidelberg gegen den pazifistischen  
Professor Gumbel. Es wurde von dem Redner gefordert, dass Gumbels Kopf rollen  
müsse. Der Herr Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordnete Rupp aber sprach: "Sor=  
gen Sie dafür, dass am 31. Juli der Grundstein gelegt wird für den deutschen  
Staat, in dem Gumbel und Konsorten unmöglich sind. Geschieht das, dann kann  
Gumbel am 1. oder 2. August beerdigt werden. Auf sein Grab wird man dann  
nicht drei Lilien pflanzen, sondern 3 Kohlrüben."

Diese Rede stellt selbstverständlich ein Verbrechen dar. Wir fragen  
aber garnicht erst, wo der Staatsanwalt ist, der ein Verfahren gegen diese  
Mordhetzer einleitet. Wir sind es seit Jahren gewohnt, dass derartige Mord=  
hetzer straffrei bleiben! Wir hängen diese Mordhetze niedriger. Sie kenn=  
zeichnet die Nationalsozialistische Partei, sie kennzeichnet zugleich den  
Geist, der in den nationalsozialistischen Rechtsanwälten wohnt. Dieser Mann,  
der so offenkundig zum Mord auffordert, nennt sich Rechtsanwalt!

Die Reichsregierung hat durch ihr Bündnis mit Hitler solchen Hetzern  
Mut gemacht. Sie werden sich jedoch verrechnen! Wenn es ans Köpferollen und  
ans Beerdigen geht, sind wir auch noch da und es wird sich dann herausstellen,  
wer dabei schliesslich die Zeche bezahlen muss!

### Juden! Juden!

Das Antisemitenblättchen des Herrn Reinhold Wulle - das gibt es auch  
noch - hat herausgefunden, dass MacDonald im jüdischen Netz zappelt. Es er  
uhl  
MacDonald habe eine Privatsekretärin namens Rosenberg, in Paris habe er sich  
mit Herriot im Hause des Charles Mendl getroffen, der sei verheiratet mit ei=  
ner Wolfe, eine Schwägerin von ihm heisse Moses und ein Bruder von ihm sei  
Teilhhaber einer Getreidehandelsfirma Mendel & Cohen. Am Ende hat MacDonald  
auch einmal einen Mann gegrüsst, der einen Bekannten hatte, dessen Frau bei  
einem Juden gekauft hat!

# „Aus aller Welt“

„Die Rechnung ist richtig!“

Im Hitlers luxuriöse Lebenshaltung - Die "ausgesprochenen Schundblätter" der NSDAP - Zwei Fragen hinter der Nazitür: Wo ist die Rechnung? Wer schließt mit wem?

SPD. In dem Prozess der "Welt am Montag", die die Naziführer Hitler und Goebbels wegen des von ihnen erhobenen Vorwurfs der Lüge verklagt hatte, wurde am Dienstag vor der 14. Zivilkammer des Landgerichts I. Berlin erneut verhandelt. Nach einstündiger Sitzung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Sache steht nicht gut für die Nazigeneräle. Man erinnert sich: Die "Welt am Montag" hatte Anfang April dieses Jahres eine Rechnung des Hotels Kaiserhof veröffentlicht, die zu Händen des persönlichen Adjutanten Hitlers, Hess, ausgestellt war und für einen Aufenthalt von 10 Tagen für 12 Zimmer nebst Frühstück usw. 4048,- Mark forderte. Zusammen mit der Veröffentlichung dieser Hotelrechnung hatte die "Welt am Montag" auf den Gegensatz zwischen der Agitation der NSDAP und der tatsächlichen Lebenshaltung ihrer Führer hingewiesen und diesen Aufwand von Hitler und seinem engsten Stabe in Anlehnung an ein nationalsozialistisches Schlagwort als "orientalische Prasserei" bezeichnet. In der gesamt-n nationalsozialistischen Presse erschienen kurz nach Veröffentlichung dieser Kaiserhof-Rechnung Erklärungen Hitlers und seiner Rechtsanwälte, die die Mitteilungen der "Welt am Montag" als schamlose Lüge bezeichneten. Es wurde ferner eine eidesstattliche Versicherung Hitlers im Wortlaut abgedruckt, in der die Angaben bestritten, die Rechnung als eine Fälschung und die Welt am Montag als "bereits verklagt" bezeichnet wurde. Da nach einigen Wochen die angekündigte Klage der Welt am Montag noch nicht zugegangen war, hatte diese ihrerseits gegen Hitler als Herausgeber des "Völkischen Beobachter", Goebbels als Herausgeber des "Angriff" und Ahrens als Herausgeber eines nationalsozialistischen Flugblattes eine Unterlassungsklage angestrengt und verlangt, dass der Vorwurf der Lüge gegen die "Welt am Montag" nicht erhoben werden dürfe.

In der Verhandlung am Dienstag wie schon in der Verhandlung Ende Mai d.J. waren die Beklagten Hitler, Goebbels und Ahrens durch Rechtsanwalt Dr. Zarnack vertreten. Dr. Zarnack bestritt zunächst erneut die Passivlegitimation von Hitler und Goebbels. Beide seien nur formell Herausgeber ihrer Zeitung; die Klage hätte gegen die verantwortlichen Redakteure gerichtet sein müssen. Hitler und Goebbels würden sich heute nur deshalb als Herausgeber ihrer Blätter bezeichnen, um ihren parteiamtlichen Charakter hervorzuheben. Es gäbe noch Hunderte von anderen Zeitungen in Deutschland, zum Teil ausgesprochene Schundblätter, die sich gleichfalls als nationalsozialistisch bezeichnen - (sie werden wissen, warum man's ihnen glaubt. Die Gemeinheit, die die "amtlichen" Brüder auszeichnet, lernt sich leicht. D.R.)

Den Vorwurf der Fälschung gegen die "Welt am Montag" hielt Dr. Zarnack aufrecht. Das Blatt habe nicht das Original, sondern ein Duplikat der Rechnung veröffentlicht; dieses Duplikat aber sei gefälscht. Die Rechnungssumme stimme nicht: Hitler habe damals nicht nur mit seinem engsten Stabe im Kaiserhof gewohnt, in seiner Begleitung seien insgesamt dreissig Personen gewesen.

Der Rechtsvertreter der "Welt am Montag", R.A. Pröll, erklärte im Gegensatz zu diesen Ausführungen: "Die Rechnung ist richtig!" R.A. Pröll verlangte die eidliche Vernehmung von Hitler und Goebbels. Gewiss hätten Ende



März 30 Personen als Begleitung der Hakenkreuz-Cäsaren im "Kaiserhof" gewohnt, gegessen und getrunken; aber die von der "Welt am Montag" veröffentlichte Rechnung beziehe sich nur auf 12 Personen aus dem engsten Stabe Hitlers. Für den Aufwand der übrigen 18 Personen seien Sonderrechnungen erteilt und aus der Parteikasse gezahlt worden. Der Rechnungsbetrag von 4 048 Mark, um den es sich hier handele, sei durch 12 Personen verursacht worden. Tatsächlich hat der Aufenthalt von Hitler und seinem Stab im Kaiserhof in der Endsumme noch mehr als den veröffentlichten Rechnungsbetrag von 4 048 Mark ausgemacht, weil nur Hitler (wohl aus Angst vor einer Vergiftung) die meisten Mahlzeiten auf seinem Zimmer einnahm, während die übrigen Herren zumeist im Restaurant des Kaiserhofs assen und tranken und bar bezahlten. Rechtsanwalt Prell nannte für seine Mitteilungen insgesamt 6 Zeugen, alles Angestellte und Direktoren des Hotel Kaiserhof.

Die Beklagten hatten bereits in der vorigen Verhandlung zugesagt, die Original-Rechnung dem Gericht einzureichen. Sie müsse doch im Braunen Haus zumindest als Kassenbeleg für den Aufenthalt auf Parteikosten aufbewahrt worden sein. Rechtsanwalt Zarnack erklärte demgegenüber am Dienstag, dass er sich um die Herausgabe der Rechnung bemüht, sie aber bisher nicht habe erreichen können....

Recht interessant ist auch die Frage der Zimmerverteilung. Hitler selbst hat ein Appartement (Zimmer Nr.440/42) bewohnt, das aus Salon, Schlafzimmer und Nebengelass bestand. In seiner Begleitung waren Adjutant Brückner, Reichsführer der SS Himmler, Hauptmann a.D.Göring, Adjutant Hess, bolivianischer Stabschef der SA Röhm, die Herren Dietrich, Schaub, Hoffmann, Schreck, Wolff und nochmals Dietrich. Im übrigen haben fünf der genannten Herren nur drei Zimmer bewohnt. Der bolivianische SA-Chef Röhm, Herr Hess, Herr Wolff und die beiden Herren Dietrich schliefen gemeinsam in den Zimmern 446, 448 und 482. Wie sich diese fünf Herren auf die drei Zimmer verteilt haben und wer insbesondere das Vergnügen hatte, mit Herrn Röhm zusammenzuwohnen, entzieht sich unserer Kenntnis.

+ + +

Mordgeständnis. In Bernau bei Berlin gestand der bereits am 1.Juli festgenommene 30jährige Lagerverwalter Fritz Doberan, am Dienstagabend vergangener Woche seine 27jährige Ehefrau Charlotte erdrosselt zu haben. Als der Leichnam der Frau Doberan von der Polizei aufgefunden worden war, schwankte man, ob Mord oder Selbstmord vorliege. Fritz Doberan machte sich jedoch durch auffälliges Verhalten so verdächtig, dass er auf alle Fälle vorläufig festgenommen wurde. Er bestritt die Tat hartnäckig und beschuldigte drei Hofsänger des Verbrechens. Am Montag-Nachmittag sollte Frau Doberan auf dem Bernauer Friedhof beigesetzt werden. Der in Haft befindliche Fritz Doberan wollte der Beerdigung beiwohnen. Die Polizei gab die Erlaubnis hierzu. Als der Angeklagte das Totenhaus betrat, kam es zu dramatischen Szenen. Die Mutter der Toten war überzeugt, dass ihr Schwiegersohn ihre Tochter ums Leben gebracht habe. Sie schrie ihm ins Gesicht: "Du bist der Mörder meines Kindes." Auch die auf der Strasse wartende Menschenmenge war von der Schuld des Lagerverwalters überzeugt. Hätte er jetzt noch an der Beerdigung teilgenommen, wäre er wohl gelyncht worden. Die Polizeibeamten fuhren deshalb mit Doberan nach Berlin zurück, unterzogen ihn in später Nachtstunde noch einmal einem eingehenden Kreuzverhör und erreichten ein Geständnis. Doberan erzählte, dass sich seine Frau am Dienstag-Abend voriger Woche mit Kratzen gegen seine Liebkosungen gewehrt hätte. Er sei in Zorn geraten, habe seine Frau mit der rechten Hand am Halse gepackt und geschüttelt, plötzlich aber gemerkt, wie sie leblos zurückfiel. Um die Tat zu verschleiern, will er dann eine Zuckerschnur geholt und seiner Frau fest um den Hals gebunden haben. Den Rest der Nacht habe er, zum Teil schlafend, neben dem Leichnam gelegen. Am nächsten Morgen hätte er das Haus verlassen, hinter sich abgeschlossen und dann den Schlüssel durch ein Oberfenster ins Zimmer hineingeworfen. Er nahm an, dass

er auf diese Weise den Verdacht mit genügender Gründlichkeit von sich abgewälzt hätte. Mittags war Doberan nach Hause zurückgekehrt. Er spielte den Ueberraschten und Unglücklichen.

+ + +  
Grauenhafte Familientragödie. In dem siebenbürgischen Städtchen Sächsisch-Regen spielte sich ein blutiges Familiendrama ab, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Zwischen dem städtischen Arzte Dr. Kosch und seinem jüngeren Bruder bestand seit langem ein heftiger Streit um den Besitz des elterlichen Hauses, das beide gemeinsam bewohnten. Als schliesslich Dr. Kosch einen gerichtlichen Räumungsbefehl gegen seinen Bruder erwirkte, erklärte dieser: "Ich werde gehen, aber nur mit dir und deiner ganzen Familie." Im gleichen Augenblicke zog er einen Revolver und tötete seinen Bruder durch einen Kopfschuss. Die Frau des Arztes und seine gerade zu Besuch weilende verheiratete Schwester, die auf den Knall herbeieilten, wurden gleichfalls durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Der Mörder lief dann durch das Haus, um seine Nichte zu finden, die sich nach halbsbrecherischer Flucht durch die Fenster ins Freie retten konnte und die Behörden benachrichtigte. Als die Polizei mit Gewalt in das verriegelte Haus eindrang, bot sich ihr ein furchtbarer Anblick: Der Mörder hatte seine Opfer auf einen Haufen zusammengetragen und sich dann über den Leichen durch einen Schuss in den Mund entleibt. Der alte gelähmte Vater, der der ganzen Tragödie zugesehen hatte, lehnte vom Schläge gerührt, am Fenster...

+ + +  
D-Zug-Raub. Einem holländischen Grosskaufmann wurden aus einem Schlafwagenabteil des D-Zuges Amsterdam-Berlin 22000 Gulden gestohlen. Der Kaufmann hatte die Erlaubnis erhalten, das Geld, das zur Begleichung von Rechnungen dienen sollte, in Devisen nach Deutschland einzuführen.

+ + +  
Weltumflug. Die beiden amerikanischen Piloten Mattern und Griffin sind von New York aus zu einem Weltumflug in Ostrichtung gestartet. Das von den Piloten benutzte Flugzeug "Century of Progress" (Jahrhundert des Fortschritts) hat eine Leistungsfähigkeit von 550 PS, fasst 2 200 Liter Brennstoff und erreicht eine Geschwindigkeit von 240 Stundenkilometern. Mattern und Griffin hoffen, zu ihrem Flug um die Welt nicht mehr als sechs Tage zu brauchen. Post und Gatty benötigten für das gleiche Unternehmen acht Tage, 15 Stunden und 51 Minuten.

+ + +  
Beim Blumenpflücken... Auf einem Berg am Vierwaldstädter See sind zwei Schweizerinnen beim Blumenpflücken tödlich abgestürzt.

+ + +  
Goldschatz gehoben! Eine in USA und Canada ausgerüstete Expedition hat auf der im Stillen Ozean (zwischen Costarica und den Galapagos-Inseln) gelegenen Kokosinsel den Goldschatz entdeckt und gehoben, den vor mehr als hundert Jahren der englische Kapitän und spätere Seeräuber Thomson dort versteckt hat. Die Hebung des Schatzes, um den sich in den letzten Jahrzehnten mehr als 20 Expeditionen, unter ihnen eine des Autorennfahrers Campbell, bemüht haben, soll mit Hilfe einer geheimnisvollen Wünschelrute gelungen sein. Die Glücksexpedition war nämlich vom Elektroingenieur Clayton geleitet. Clayton hat das Metallophon, eine Art elektrischer Wünschelrute, erfunden. Es wird behauptet, dass der aufgefundene Schatz (Säcke voll Münzgold, zahlreiche Goldgefässe, Juwelen und Kunstschatze) einen Wert von etwa 200 Millionen Mark darstellt.

Thompson soll sich des Schatzes im Jahre 1813 bemächtigt haben: die Werte gehörten den spanischen Kriegsflüchtlingen einiger südamerikanischer Städte, die auf einem englischen Schiff zwar Heil und Rettung gesucht, aber

durch Thompson den Tod gefunden hatten. Thompson war nämlich der Kapitän des "Rettungsschiffs": er hat die Passagiere im Schlaf ermorden lassen und dann ihre Goldschätze auf der Kokosinsel vergraben. Die Verfolgung des Verbrechens, die sofort von der peruanischen Regierung ins Werk gesetzt wurde, war vergeblich. Nur seine Komplizen wurden gefangen genommen und hingerichtet.

+ + +  
Giftfische! In einem Dorfe bei Rouen (Nordfrankreich) sind 19 Personen, die an einer Konformationsfeier teilgenommen hatten, nach dem Genuss verdorbener Fische an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein junges Mädchen starb im Krankenhaus.

+ + +  
Hungerphantasien! Die beiden aus dem australischen Busch geretteten deutschen Flieger Bertram und Klausmann müssen nach Meinung des englischen Konstablers Marshall der die Rettungsexpedition geleitet und die Flieger als erster Weisser begrüsst hat, in Wyndham mehrere Wochen im Krankenhaus bleiben. Nach einem durch Eingeborene übermittelten Bericht Marshalls leiden die noch stark erschöpften Piloten stark an Hungerphantasien. Es heisst, dass die ausgetrockneten Gaumen feste Nahrung noch nicht aufnehmen können. Die Flieger werden vorerst nur mit Wasser und flüssiger Nahrung gestärkt.

Es wird ferner bekannt, dass die Kunde von der Rettung der deutschen Piloten nach ihrer Auffindung durch Marshall auf einen Zettel geschrieben und Tag und Nacht durch eine Staffel von eingeborenen Läufern von Kap Bernier bis nach Wyndham befördert wurde. Die eingeborenen Staffelläufer meldeten ihre Ankunft in den nächsten Niederlassungen jeweils durch Abbrennen von Strauchwerk an. Dadurch, dass einige der Läufer, die sich gegen Gefahren durch Umhängen von Amuletten und Zauberketten zu schützen glaubten, mehr als 50 Meilen zurücklegten, genügte für die riesige Gesamtstrecke von Kap Bernier bis Wyndham die Zeit von vier Tagen und vier Nächten.

Bertram und Klausmann haben die Absicht, ihren Expeditionsflug fortzusetzen.

+ + +  
"Olle Kamelle". In der Dienstag-Sitzung des Berliner Devaheim-Prozesses wurde der Fall der Ivag-Provisionen behandelt. Dem Werbeleiter Seul standen aus dem Ivag-Vertrag über 11 Millionen 50 000 Mark Provision zu. Der Angeklagte Jeppel drückte den Werbeleiter Seul um 20 000 Mark. Diese "Ersparnis" sollte dem Propagandafonds der Deutzag zufließen. In Wirklichkeit erhielt das Geld - Herr Pastor Cremer. Als Seul von der Schiebung erfuhr, verlangte er die Auszahlung des Geldes. Aber Herr Cremer bezeichnete den Mahnbrief Seuls als "olle Kamelle" ohne Wert und Wichtigkeit.

+ + +  
Willi Sklarek nimmt an! Willi Sklarek hat seine Revision zurückgezogen. Der mit vier Jahren Zuchthaus bestrafte Angeklagte hat erklärt, dass er das Urteil annimmt. Mit diesem Entschluss ist das Urteil gegen Willi Sklarek rechtskräftig geworden. Ob Leo Sklarek gleichfalls seine Revision zurückziehen wird, steht noch dahin. Eine ziemlich heftige Haftpsychose erschwert seinem Verteidiger, mit ihm in Ruhe über den Fragenkomplex zu sprechen.

+ + +  
Ein Lautkongress. Im Amsterdamer Kolonialinstitut wurde ein internationaler "Kongress für die phonetischen Wissenschaften" eröffnet.

+ + +  
Wirbelsturm-Katastrophe. Verschiedene Teile von Nordamerika wurden durch Wirbelstürme heimgesucht. Aus dem Staate Kansas werden 8 Tote gemeldet, aus Pennsylvania 40. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen.

-----

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Das ewige Thema.

SPD. In Deutschland kann man die grosskotzigen Redensarten nicht unterlassen. Meister auf dem Gebiet der Grosssprecherei sind die Nazis, und am gewissenlosesten haben sich diese hemmungslosen Frahlhänse an den Arbeitslosen vergangen. Seit Jahr und Tag tun sie so, als ob sie schon einen Tag nach der Machtergreifung im Sturmschritt das Arbeitslosenproblem lösen würden. Vor allem haben sie die jugendlichen Erwerbslosen berauscht mit wilden Versprechungen für die Einführung des Arbeitsdienstes, der allen Brot gebe. In Anhalt hat das nationalsozialistische Staatsministerium die Förderung des Arbeitsdienstes mit der Aufstellung einer ersten Kampf- und Lehrabteilung in Stärke von - 215 Freiwilligen begonnen! Das Ganze ist nichts anderes als eine Be-mäntelung der Unfähigkeit der Nazis, etwas Ernsthaftes zur Lösung des Arbeitsdienstproblems zu unternehmen.

Aber wir haben ja nun im Reich die Regierung der Hitlerbarone, und die wird, so verkündet die Rechtspresse, im "Rahmen eines konstruktiven Aufbauplanes" nach Abschluss der Lausanner Verhandlungen die Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit Entschiedenheit anpacken. Zur Ermunterung ihrer hoffnungsseligen arbeitslosen Mitläufer weiss sie sogar schon zu berichten, dass für die Förderung des Arbeitsdienstes im Reichshaushalt statt 20 bereits 40 Millionen eingestellt worden seien. Schon ist auch eine Organisation, ein Beirat, für die Leitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Werden, in dem neben den politisch rechtsstehenden und konfessionellen Verbänden auch das Reichsbanner - wie gnädig! - vertreten sein soll. Der Beirat soll einem besonderen Reichskommissar des Arbeitsdienstes zur Seite stehen, und für den Posten des Kommissars, wie verlautet ist, Dr. Syrup, der Präsident der Reichsanstalt, ausersuchen. Die nächsten Anstrengungen - so tröstet man die Verzweifelnden - gehen dahin, die Zahl der im Arbeitsdienst zu beschäftigenden Jugendlichen auf wenigstens 100 000 zu erhöhen; das grosse Ziel sei aber natürlich, eine Million Jugendlicher mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes wieder in den Produktionsprozess einzureihen.

Wenn das so einfach wäre, dann wäre schon längst eine Million Jugendlicher von der Strasse weg. So aber wird nach wie vor einstweilen nur über den Arbeitsdienst geredet, und auch seine begeisterten Anhänger finden, je mehr sie sich in das Problem vertiefen, nur neue Schwierigkeiten. So ist z.B. der Arbeitsdienst nunmehr auch als Verwaltungsproblem entdeckt worden. So sieht Regierungspräsident Dr. Sonnenschein in der "Kölnischen Zeitung" die Lösung des Problems in einer gleichmässig ausgerichteten und doch beweglichen Verwaltungsmethode. Keine neuen Sonderbehörden, sondern Bewältigung der Ausweitung des Arbeitsdienstes im Rahmen vorhandener Behörden durch den richtigen Einsatz und entsprechende Kontrolle der Sacharbeiter. Arbeitsdienst als Verwaltungsproblem - das bedeutet nichts anderes als den Versuch, von einem reinen Gesichtspunkt aus für eine Verbilligung des Arbeitsdienstes zu sorgen. Billig soll der Arbeitsdienst sein, billiger als normale Arbeit! Hier, in der Kostenfrage, liegt eben der Hund begraben, und daher der Ruf der Verwaltungsspezialisten nach einer "geschickten Organisation" und einer "zähen und gleichmässigen Arbeitsanspannung" der Jugendlichen; denn der Frei-

willige Arbeitsdienst, betont Dr. Sonnenschein, ergibt nicht die volle Arbeitsanspannung und =leistung des geübten und tatriflich entlohten Normalarbeiters. Auch seien die besonderen Unkosten des Dienstes zum Teil noch recht beträchtlich, da die geringere Leistung, die Verpflegung an Sonn- und Feiertagen, die Unterbringungs-, Bekleidungs- und jugendpflegerischen Zuschüsse, Reisekosten und Versicherungen sowie die Aufsicht recht beachtliche Kostenelemente darstellten, die überdies auch noch die Neigung hätten, zu wachsen, während die Tariflöhne des Normalarbeiters sich senkten.

Der Arbeitsdienst muss rentabel sein. Diese Forderung, den Gewerkschaften längst geläufige Forderung, wird neuerdings auch in der demokratischen Presse stärker unterstrichen. Arbeit um jeden Preis, d.h. Verzicht auf Rentabilität, so betont die Frankfurter Zeitung, wäre keine Lösung. Arbeit schaffen, heisse rentable Arbeit schaffen. Die Arbeit müsse einen Sinn haben, wenn auch der Sinn vielleicht erst später zu Tage trete. Der Arbeitsdienst fasziniere heute die Gemüter, wie wenn mit diesem Wort schon alles gewonnen wäre; er habe aber keine Basis ausserhalb des Wirklichkeitszusammenhanges. Das, was ausgegeben werde, müsse aus irgend einer nachzuweisenden Quelle bezahlt werden. Damit fällt aber der Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel immer wieder entscheidend ins Gewicht. Der Arbeitsdienst ist also einstweilen noch immer ein sehr problematisches Ding.

Für die Arbeiter besteht nach wie vor der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit darin, dass alle Arbeiter, auch alle jugendlichen Arbeiter, wieder in den normalen Produktionsprozess geführt werden. Eine besondere freiwillige oder unfreiwillige Arbeiterarmee als Dauereinrichtung ist nur etwas für Leute, die die Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung betrachten. Das wäre aber gerade das Verhängnis, wenn Arbeiter und Arbeitslose zwei verschiedene Dauererscheinungen würden. Der freiwillige Arbeitsdienst kann nur als Notbehelf, als Teilmassnahme im Rahmen einer Gesamtplanung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine gewisse Bedeutung haben.

SPD. Die Kurzarbeiterunterstützung wird im Anschluss an die Notverordnung der Hitler-Regierung, die die Arbeitslosenunterstützung abgebaut hat, nun ebenfalls gesenkt. Die Senkung tritt zum ersten Male am Ende der laufenden Woche in Erscheinung. Der Präsident der Reichsanstalt hat zu diesem Zweck bereits durch einen Runderlass die Arbeitsämter unterrichtet. Für die Senkung der Kurzarbeiterunterstützung ist natürlich nicht die Reichsanstalt, sondern die Regierung der Hitlerbaroneverantwortlich. Sie will die Kurzarbeiterunterstützung der Arbeitslosenunterstützung anpassen. Erfolgt eine volle Anpassung, dann wird die Kurzarbeiterunterstützung ähnlich wie die Arbeitslosenunterstützung um rund ein Viertel gesenkt.

An dem Personenkreis, der für die Kurzarbeiterunterstützung in Frage kommt, ändert sich nichts. Unterstützung erhält nach wie vor nur, wer nur drei Arbeitstage aufzuweisen hat. Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter beträgt zurzeit rund eine Viertel Million. In der letzten Aprilwoche waren es noch 290 000. Damit ist aber nicht gesagt, dass Kurzarbeiter wieder in grösserem Mass in Arbeit gekommen sind; im Gegenteil: die Kurzarbeiter, die keine Unterstützung mehr erhalten, sind zum grössten Teil vollarbeitslos geworden.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat dem Ersuchen der Gewerkschaften, die Nichtanrechenbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung auszusprechen, in einem Erlass vom 29. Juni grundsätzlich stattgegeben. Im Anschluss daran ist nun die Frage aufge-

taucht, ob die Gemeinden, denen die Hilfsbedürftigkeitsprüfung übertragen ist, an den Erlass des Reichsarbeitsministers gebunden sind oder nicht. Diese Frage wird von den Gewerkschaften folgendermassen beantwortet:

Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ist in allen Fällen nach den Grundsätzen des Erlasses über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 17. Juni 1932 durchzuführen. Dieser Erlass ist ein Erlass des Reichsarbeitsministers, der durch den neuen Erlass vom 29. Juni erläutert wird. Die Formel, "Ich habe keine Bedenken, dass..." wird bei derartigen Erläuterungsausführungen häufig gewählt. Vom Reichsarbeitsministerium haben die Gewerkschaften darüber hinaus die Zusicherung erhalten, dass die Vorsitzenden der Arbeitsämter entsprechend instruiert werden sollen. Die Gemeinden schliesslich führen die Hilfsbedürftigkeitsprüfung als Auftragsangelegenheit durch und haben sich dabei gleichfalls an die Auslegungsgrundsätze des Reichsarbeitsministers zu halten.

---

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat in seiner soeben abgeschlossenen Genfer Tagung auch zur Frage der Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz - die Anregung dazu ging von der letzten Internationalen Arbeitskonferenz aus - Stellung genommen. Er hat, nachdem der Vorschlag der Arbeitskonferenz im Völkerbundsrat Entgegenkommen gefunden hat, nunmehr einen dreigliedrigen Ausschuss gebildet, der die Verbindung zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation und der Weltwirtschaftskonferenz herstellen soll. Dem Ausschuss gehören an als Regierungsvertreter Weigert-Deutschland, als Arbeitgebervertreter Oersted-Dänemark und als Vertreter der Gewerkschaften Jouhaux-Frankreich.

Der Dank und das Gedenken der Internationalen Arbeitsorganisation an Albert Thomas, den unvergesslichen Führer des Internationalen Arbeitsamtes, sollen in besonderer Form zum Ausdruck gebracht werden. Mit dieser Aufgabe hat der Verwaltungsrat einen Ausschuss von drei Mitgliedern beauftragt.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates findet im Oktober in Madrid statt. Auf ihr dürfte auch die Frage der Ernennung eines stellvertretenden Direktors des IAA geklärt werden. -

Der neue Direktor des Amtes, Butler, hat sich in einem vom "Journal de Geneve" veröffentlichten Interview über seine Aufgabe ausgesprochen. Butler sagt: Ich habe keine neuen Pläne, ich werde das Werk Albert Thomas nach den gleichen Methoden fortsetzen. Der Augenblick ist für kühne Initiative nicht günstig. Die furchtbare Krise, unter der Millionen von Menschen leiden, die unzähligen Arbeitslosen und alles Unglück, das die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, alles das muss unsere Gedanken beschäftigen, und hier muss unsere Arbeit einsetzen. Wir werden genötigt sein, zunächst alle nicht ganz dringenden Aufgaben beiseite zu lassen und uns auf Wesentliches zu konzentrieren. Dabei müssen wir nicht die Ursachen, sondern auch die Heilmittel für die Krise festzustellen versuchen. Von diesen Heilmitteln nannte Butler an erster Stelle den Plan der internationalen öffentlichen Arbeiten sowie eine internationale Vereinbarung über die Verkürzung der Arbeitszeit.

---

SPD. In der französischen Kammer hat die Sozialistische Fraktion den Initiativantrag gestellt, 1935 in Paris eine internationale Sozialausstellung abzuhalten. Die Ausstellung soll das Leben der Arbeiter und Bauern sowie alle Leistungen auf sozialem Gebiet veranschaulichen.

---



# Wirtschaft Technik Handel

Warum stagniert die Wirtschaft?

Eine Umfrage unter Handel und Handwerk.

SPD. Gerade in letzter Zeit mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, dass die Wirtschaftskrise gewissermassen dabei ist, theoretisch überwunden zu werden. Es zeigten sich gewisse Lichtblicke. Man führt dafür u.a. ins Feld die bessere Goldmarktlage, die Verringerung der Zinssätze, die gesunkenen Arbeitslöhne, die geräumten Läger und nicht zuletzt die aussenpolitische Entlastung. Man kann über jeden Punkt reden und streiten: es ist was dran an diesen Behauptungen. Aber was hat man von einer theoretischen Ueberwindung der Krise? Praktisch liegen die Dinge doch so, dass das Arbeitslosenheer wieder ansteigt und dass sich die Umsätze weiter verringern. Praktisch ist also die Wirtschaft in der Ueberwindung der Krise um keinen Schritt vorwärts gekommen. Das Wirtschaftsleben stagniert weiter. Hier müssen Gründe ausschlaggebend sein, die mit den Ursachen, auf die normal die Wirtschaftsbewegung zurückgeht, nichts zu tun haben. Die "Zentralstelle für angewandte Wirtschaftswissenschaften", die vor allem mit dem Mittelstand, mit Handel und Handwerk enge Verbindung unterhält, hat sich die Mühe gemacht, diesen besonderen Ursachen nachzuspüren. Durch eine Erhebung hat sie ein wertvolles Material gesammelt, das für die Beurteilung unseres Wirtschaftsbildes von grösster Wichtigkeit ist. Aus dem reichen Material geben wir einige Stimmen wieder.

Konfektionär in Berlin: Falsche Kreditleitung.

Von besonderer Wichtigkeit ist wohl eine Darstellung, die von einem Berliner Konfektionär stammt. Dieser Konfektionär verweist auf die besseren Geldmärkte und auf die Tendenz in aller Welt, die, Folgen der Wirtschaftskrise, auf eine Senkung des Zinssatzes hinzielt. "Aber", so fährt der Berliner Konfektionär fort, "von dieser Tendenz hat der Handel, der zwischen Produktion und Verbrauch steht, dessen Aufgabe es ist, die Waren an die Bevölkerung heranzubringen, kaum etwas verspürt. Mehr als die Zinssätze drückt in vielen Fällen die Unmöglichkeit, überhaupt Kredit zu erlangen. Das gilt selbst für solide Firmen, die auf eine gute Tradition zurückblicken können. Je grösser die Bank ist, desto schwieriger gestaltet sich das Kreditgeschäft. Hier versagt die Reichsregierung völlig. In den letzten Monaten ist immer wieder die Forderung nach einer Reformierung unseres Kreditwesens aufgestellt worden, die vor allem die Lage des kleinen Handels erleichtert. Die Notwendigkeit einer solchen Kreditreform und die Verbesserung der ganzen Kreditleitung zugunsten der Kleinen in der Wirtschaft braucht wohl kaum betont zu werden. Aber die Regierung ist demgegenüber völlig taub. Pläne, die früher erörtert wurden, sind unter dem neuen Kabinett völlig zum Stillstand gekommen. Verbittern muss wirken, wenn der kleine Handel hört, dass für die Grossen in der Wirtschaft Hunderte von Millionen disponibel sind, dass das Reich Millionen an die Grossen verschenkt. Dabei handelt es sich um unproduktive Ausgaben, die keine anregende Wirkung auf die Wirtschaft haben können. Agegen würde eine vernünftige Kreditleitung zugunsten des Handels und des Handwerks das Wirtschaftsleben mit einem Schlag beleben."

Schlossermeister im Bezirk Potsdam: Zu hohe Eisenpreise.

"Man kann nicht sagen, dass das Handwerk in meinem Bezirk nicht dem Gebot der Krise Rechnung getragen und die Unkosten nicht ganz erheblich gesenkt

hätte. Es wird heute auf den Pfennig kalkuliert und mit niedrigsten Löhnen gearbeitet. Aber es hilft nicht, um grösser ins Geschäft zu kommen. Dabei gibt es Arbeit in Hülle und Fülle. Ich will nur auf einen Fall verweisen. An die vielen Seen und Flussläufe im Bezirk Potsdam bis nach Werder runter stossen grosse Gärten, die durch richtige Bewässerung weit leistungsfähiger gemacht werden könnten, als sie heute sind. Das gegenwärtige, anormal heisse Jahr würde auch die Besitzer dieser Gärten veranlassen, Pumpenleitungen anzulegen, durch die man das billige Wasser aus den Flussläufen und Seen für die Bewässerung der Gärten nutzbar machen könnte. Aber diese Anlagen sind zu teuer. Selbst bei peinlichster Kalkulation und bei niedrigster Berechnung der Lohnkosten. Vor allem liegen die Röhrenpreise auf einer Höhe, die nicht erträglich ist. Das Material ist nicht zu bezahlen. Das kann nicht wundern, wenn man hört, dass das Eisenkartell in Deutschland die Preise drei bis viermal so hoch als auf dem Weltmarkt hält. Solange mit diesen bolschewistischen Preisen nicht Schluss gemacht wird, kann die Wirtschaft auch keine Anregung erhalten.

#### Bäckermeister in Stettin: Zu hohe Getreidepreise.

Ein Stettiner Bäckermeister verweist darauf, dass die Getreidepreise in Deutschland drei bis viermal so hoch als im Auslande liegen. "Das Schlimmste", so führt der Stettiner Meister aus, "ist die Unsicherheit der ganzen Preisbildung. Man weiss nicht, ob nicht schon in den nächsten Tagen eine neue Massnahme der Reichsregierung kommt, die die Getreidepreise weiter hochtreibt. Die Unsicherheit wirkt lähmend. Auch war zu Ostern und Pfingsten Geschäft in besseren Mehlen so gut wie gar nicht da. Wenn die Arbeitslosigkeit weiter anhält, wird man gerade in diesem Herbst damit rechnen müssen, dass sich bei dem Arbeitslosen der Brotkonsum immer weiter vermindert. Man isst eben Kartoffeln statt Brot, wie man seit langem schon Margarine statt Butter isst. Da liegen mit die Gründe für die Absatzschrumpfung und die Qualitätsverschlechterung. Solange die Zustände andauern, ist mit einer Besserung nicht zu rechnen."

#### Spielwarengrosshändler in Leipzig: Furcht vor Unruhen.

Ein bekannter Spielwarengrosshändler aus Leipzig, der auch grosse Exportgeschäfte macht, teilt folgendes mit: "Unser Geschäft fällt in die Weihnachtszeit. Nun liegen die Dinge so, dass sich dieses Geschäft aber über das ganze Jahr hinzieht. Auf der Frühjahrs- und Herbstmesse in Leipzig müssen die Bestellungen hereingegeben werden, wenn man zu Weihnachten mit anständiger Ware versorgt sein will. Zwischen Einkauf, der doch irgendwie finanziert werden muss, und Verkauf liegen Wochen und Monate. Es fragt sich aber jeder, was schliesslich Weihnachten in Deutschland ist? Das Gespenst des Bürgerkrieges ist mit dem Augenblick deutlicher geworden, wo die Spalten der Zeitungen täglich von politischen Morden angefüllt sind. Jeder ist sich darüber im Klaren, dass die radikalen Unruhen nichts anderes als den Anfang des Bürgerkrieges darstellen und dass die gegenwärtige Regierung nicht den Willen hat, dagegen einzuschreiten. Sie könnte das mit einiger Energie. Aber sie sieht davon ab, ohne Rücksicht, welche Auswirkungen der Krieg auf der Atrasse auf das Geschäftsleben haben muss. Welchem Geschäftsmann will man zumuten, dass er sich gross in Geschäfte stürzt? Niemand kann ihm doch die Frage beantworten, ob er zur Weihnachtszeit in Ruhe und Ordnung seine Ware verkaufen kann? Also verzichtet der Geschäftsmann auf das gefahrvolle Geschäft, hält seine paar Sechser in der Tasche und wartet ab, was werden wird."

#### Textilfabrikant aus Sachsen: Federgeld.

"Man kann nicht verlangen, dass heute jemand gutes Geld in den Sack steckt, ohne zu wissen, ob er nicht schon in einigen Monaten Federgeld herauszieht. Dagegen helfen auch nicht die Beteuerungen, die Währung soll unter Umständen in Ordnung gehalten werden. Kommt der politische Umschwung, dann ist das auch eine Vertrauenserschütterung und man braucht absolut kein Federgeld einführen, um die wirtschaftsschädlichen Wirkungen von Währungsexperimenten auszulösen. Das hält ohne Zweifel weite Kreise der Kleinfabrikanten von neu-

en Unternehmungen zurück."

Kolonialwarenhändler aus Essen an der Ruhr: Umsatzsteuer verteuert die Waren.

"Die von der Regierung von Papen wieder eingeführte Umsatzsteuer für Umsätze unter 5 000 Mark hat gerade die kleine Geschäftswelt getroffen und ihr jede Unternehmungslust genommen. Was jetzt wieder an Umsatzsteuer von den Kleinen abgeführt werden muss, stellt für viele Geschäfte den Reingewinn überhaupt dar. Soweit man die Preise erhöhen kann, verringert das den Umsatz. Im andern Falle geht die Substanz zum Teufel und die Mittel fehlen, um so, wie das notwendig ist, ins Geschäft zu gehen und Investitionen zu machen."

Schuhwarenhändler in München: Zu wenig Kaufkraft.

"Die Schuhwarenbranche kann für sich wohl in Anspruch nehmen, dass sie ihre Preise ganz gewaltig gesenkt hat. Es gibt kaum einen Artikel in der Bekleidungsbranche, der so stark im Preise gefallen ist wie die Schuhe. Gegenüber Auslandspreisen muss man die deutschen Schuhpreise als äusserst billig bezeichnen. Und trotzdem geht das Geschäft schlecht. Das kann kein Wunder nehmen. Gehälter und Löhne sind geringer geworden. Weite Kreise der Bevölkerung sind seit Monaten und Jahren arbeitslos und können nicht kaufen. Die Kreise aber, die noch normales Einkommen haben, schränken sich ein und sparen, weil niemand weiss, wann ihn das Schicksal der Arbeitslosigkeit ereilt. Davon wird die Geschäftslage ausschlaggebend beeinflusst. Der Abfall der Kaufkraft, der durch neue Lohnabzüge und neue steuerliche Belastung fort dauert, muss jede Wirtschaftsbelebung verhindern."

+ + +

Die Stimmen könnten beliebig vermehrt werden. Wir beschränken uns darauf typische Äusserungen herauszunehmen. Als Gründe für die Wirtschaftsveranschärfung werden angegeben: 1.) falsche Kreditleitung, 2.) die überhöhten Kartellpreise, 3.) Furcht vor Unruhen und Bürgerkrieg, 4.) Angst vor Währungsexperimenten der Nationalsozialisten, 5.) Drosselung der Kaufkraft durch Lohn- und Gehaltsabbau und durch steuerliche Belastung. Man kann nur sagen, dass die Beteiligten die Situation ganz richtig sehen. Das Niederschmetternde ist nur, dass die gegenwärtige Regierung gar kein Verständnis für das Leben der Wirtschaft hat. Die Kartellpreise werden prinzipiell nicht angetastet und nicht angerührt. Dagegen ist die Regierung geneigt, weiter auf Löhne und Gehälter zu drücken. Den Nationalsozialisten wird die Strasse freigegeben, wodurch die Furcht vor Währungsexperimenten und Bürgerkrieg weiter wächst.

Unter solchen Umständen kann die Wirtschaft natürlich nicht aus dem Sumpf herauskommen.

-----

SPD. Das Berliner Fleischer-gewerbe hat am Dienstag durch seinen "Abwehrausschuss" den Beschluss gefasst, den Beschluss gefasst, den Schlachtsteuerstreik aufzuheben. Der nächste Viehmarkt, der am Freitag stattfinden wird, soll wieder normal durchgeführt werden.

Mit diesem Beschluss war zu rechnen. Gegen Experimente mit Schlachtsteuerstreiks hatte der Verbandstag der Fleischer, der in voriger Woche in Dortmund stattfand, bereits Stellung genommen. Der Verbandstag konnte sich von solchen Massnahmen nichts versprechen. In Berlin geriet aber die ganze Bewegung gegen die Schlachtsteuer in die Hände nationalsozialistischer Drahtzieher, die sie zur Agitation gegen die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Republik auszuschlachten versuchten. Damit befand sich der "Abwehrausschuss" der Berliner Fleischer in völlig falscher Frontstellung. Preussen und die Parteien, auf die sich die preussische Regierung stützt, also die Sozialdemokratie und das Zentrum, haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie mit der Schlachtsteuer nicht sympathisieren, dass diese unsoziale und wirtschafts-

feindliche Steuer so bald als möglich verschwinden muss und dass das Reich Preussen durch die Verweigerung von Zuschüssen, auf die Preussen gesetzliches Anrecht hat, zur Einführung der Schlachtsteuer gezwungen hat. Diese Einstellung wurde von den Fleischermeistern in den Plakaten, die in den Geschäften aushängen, verschwiegen. Verschwiegen wurde auch selbstverständlich, dass sich die nationalsozialistische-deutschnationale Regierung in Mecklenburg-Strelitz auf die Schlachtsteuer festgelegt hat und dass die von den Nazis gestützte Reichsregierung eben dabei ist, die Schlachtsteuer für das gesamte Reich einzuführen.

Wie recht der Fleischerverbandstag in Dortmund hatte, als er den Schlachtsteuerstreik ablehnte, beweist die Entwicklung in Berlin. Der Viehmarkt von Dienstag hat zwar keine Preisnotierungen veröffentlicht. Immerhin war Auftrieb vorhanden. Er wird mit etwa 800 Schweinen angegeben gegen normal allerdings 10 000. Dabei muss man aber das Vieh berücksichtigen, das nach Berlin kommt, ohne den Viehmarkt zu passieren. Das sind ganz beträchtliche Mengen. Auf dem Viehmarkt am Dienstag kaufte nach den vorliegenden Berichten der "Export" und der "Versand". Man weiss aber, dass dieser Export und dieser Versand die Berliner Hotels und Restaurants versorgt. Die kleinen Fleischermeister haben also das Nachsehen. Im übrigen kann man in Berlin Fleisch kaufen, soviel man will. Auch steht eine äusserst reichliche Zufuhr von Fischen zur Verfügung. Aus diesen Gründen hätte der Schlachtsteuerstreik früher oder später zusammenbrechen müssen. Von der grundsätzlichen Seite der Angelegenheit wollen wir absehen. Man hat sich aber in Gewer'kreisen an den Gedanken gewöhnt, die Waffe des Boykotts und des Streiks politisch einzusetzen. Man wird sich nicht wundern, wenn die breite Bevölkerung dazu übergeht und den Spieß umkehrt gegen Grossmannsüchtige, die die Dinge gar zu toll treiben.

Offen bleibt in Berlin noch die Preisfrage. Die Berliner Metzger wollen die Schlachtsteuer restlos auf die Bevölkerung abwälzen, noch daran profitieren und planen, der Bevölkerung eine Fleischverteuerung von 10 Pfennigen pro Pfund zu diktieren. Das ist angesichts der Absatzlage frommer Wunsch. Ausserdem dürfte sich die preussische Regierung angesichts eines solchen Preisdiktats nicht ruhig verhalten und zu Massnahmen greifen, wie sie Bayern bereits eingeführt hat. In Bayern hat man die Regelung getroffen, dass die Schlachtsteuer nicht auf die Preise aufgeschlagen werden darf.

SPD. Der Autarkiewahn hat ein neues Opfer gefordert. Die Reichsregierung hat am Dienstag den deutsch-schwedischen Handelsvertrag für Ende Januar 1933 gekündigt. Wir stehen also vor einem Handelskrieg mit Schweden. Ausserdem werden die Rückwirkungen in anderen Ländern nicht ausbleiben. Aus Holland und Dänemark, die von den schwedisch-deutschen Auseinandersetzungen stark getroffen werden, liegen bereits bedenkliche Aeusserungen vor. Wir verweisen auf die Meldung unseres Amsterdamer Mitarbeiters.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag selbst war seit August 1926 in Kraft. Er hat sich nur im Interesse der deutschen Wirtschaft ausgewirkt. So bezog Deutschland im ersten Vierteljahr 1932 Waren aus Schweden in Höhe von 24,2 Millionen Mark. Dagegen exportierte Deutschland nach Schweden im ersten Vierteljahr 1932 Waren im Werte von 57,5 Millionen. Deutschland verdiente am schwedischen Warengeschäft im ersten Vierteljahr 1931 rein 48 Millionen Mark und im ersten Vierteljahr 1932, trotz der Krise und der Handelsschrumpfung, immer noch 34 Millionen Mark. Diese enormen Summen, die für die Beschäftigung in Deutschland von grösster Wichtigkeit sind, sollen jetzt geopfert werden, mir nichts, dir nichts. Nur um Handelskriege führen zu können. Die deutsche Handelspolitik geht Irrwege in derartiger Verworrenheit und Schäd-

lichkeit, dass es die höchste Zeit wird, dass wieder eine verantwortungsbewusste Regierung die Zügel der deutschen Handelspolitik feste in die Hand nimmt. Es geht nicht an, dass sich die deutsche Handelspolitik von unsern Grossagrariern immer wieder in Abenteuer stürzen lässt.

Die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrag bedeutet zunächst für die deutschen Zellulosefabrikanten eine regelrechte Subvention. Ausserdem werden die Gemeinden mit einer Verteuerung der Pflastersteine, deren Zölle im Schwedenvertrag gebunden sind, zu rechnen haben. Auch das weiche Schnittholz wird einen höheren Zoll, wahrscheinlich eine Zollverdoppelung erhalten. Die Forderung der Grossagrariere geht schon seit langem dahin. Der Zoll war jedoch im Vertrag mit Schweden und Oesterreich gebunden. Nun hat man den Schwedenvertrag gekündigt und Oesterreich damit zufriedengestellt, dass Deutschland Oesterreich Vorzugszölle einräumen wird.

Im Grunde genommen geht es aber um höhere Zölle auf Speck und Schmalz. Am Dienstag sind bereits höhere Zölle für diese Artikel in Kraft getreten, indem die sogenannten Zwischenzölle beseitigt wurden. Damit steigt der Speckzoll von 14 auf 20 Mark pro Doppelzentner und der Schmalzzoll von 6 auf 10 Mark. Das genügt aber den Anhängern der Autarkie nicht. Durch Kündigung des Schwedenvertrags will man den Weg für eine Vervielfachung des Schmalz- und Speckzolls freimachen.

Zum Schluss ist zu erwähnen, dass die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages auch die Möglichkeit gibt, die Rindvieh- und Schafzölle und die Käsezölle weiter zu steigern.

Die Löhne werden in Deutschland abgebaut, die Lebensmittel aber durch Zölle verteuert. Durch Handelskriege wird der Arbeitsmarkt völlig zerschlagen, sodass sich die Arbeitslosigkeit in diesem Winter erschrecklich steigern muss.

Das deutsche Volk hat am 31. Juli Gelegenheit, mit dieser Wirtschaft aufzuräumen.

-----

SPD. Amsterdam, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen werden wegen der beabsichtigten Erhöhung der deutschen Einfuhrzölle auf Vieh, Speck und Schmalz in Niederland mit grosser Sorge verfolgt. Die Zollerhöhung namentlich für Speck und Schmalz, wird als ein neuer schwerer Schlag für Niederland bezeichnet. Die jetzigen deutschen Massnahmen sind dazu angetan, die Beziehungen zwischen Deutschland und Niederland auf handelspolitischem Gebiet weiter zu verschlechtern.

-----

Buttermarkt.

-----

SPD. Berliner Butterpreise vom 5. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. Qualität 96, abfallende Sorten 89 RM je 50 kg. Tendenz: sehr ruhig.

-----

Promptweizen billiger.

(Berliner Getreidebörse vom 5. Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in recht ruhiger Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei geringfügigen Umsätzen die Kurse nur wenig verändert. Weizen konnte seinen Preisstand namentlich für die späteren Sichten leicht erhöhen, während Roggen, soweit Notierungen zustandekamen, eher etwas niedriger gewertet wurde. Am Promptmarkt hat sich das Angebot an altem Weizen etwas vermehrt. Da aber die Nachfrage gering war, wurden hier die Kurse um 2 Mark herabgesetzt. Roggen in prompter Ware hatte kleines Angebot bei unveränderten Preisen, das glatte Aufnahme fand. In Roggen neuer Ernte kann sich das Geschäft nur schwer entwickeln. Auch der Mehlmarkt hatte nur geringfügiges Geschäft. Namentlich war promptes Weizenmehl nur schwer unterzubringen, obwohl die Offerten der Mühlen etwas ermässigt waren. Promptes Roggenmehl war besser gefragt bei teilweise etwas erhöhten Forderungen. Hafer und Futtergerste fanden nur schwer Absatz, da sich die Käufer nicht entschliessen konnten, die hohen Forderungen der Eigner zu be- willigen.

	4.7.	5.7.
	(ab m. kischer Station in Mark)	
Weizen	237 - 239	235 - 237
Roggen	186 - 188	186 - 188
Futter- und Industriergerste	162 - 172	162 - 172
Hafer	157 - 161	157 - 161
Weizenmehl	30,25 - 34,10	30,25 - 34,00
Roggenmehl	25,60 - 27,40	25,60 - 27,40
Weizenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,50
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u>		
225½ - 226, Okt. - 226 - 227, Dez. 230.	Weizen Juli 246 - 247, Sept.	
181½ Brief, Dez. - .	Roggen Juli -, Sept. 181-180½, Okt. 181½ -	
	Hafer Juli 165, Sept. 147½.	

Rauhfutternotierungen.

(5. Juli.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	.....R#	1,15 = 1,35
" " Weizenstroh	.....R#	0,85 = 0,95
" " Haferstroh	.....R#	0,80 = 0,90
" " Gerstenstroh	.....R#	0,80 = 0,90
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	.....R#	1,20 = 1,45
Bindfadengepresstes Roggenstroh	.....R#	1,10 = 1,30
" " Weizenstroh	.....R#	0,90 = 1,05
Häcksel Tendenz still	.....R#	1,70 = 1,95
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	.....R#	=
Gutes Heu, gesund und trocken alt	.....R#	2,00 = 2,50
ditto neu	.....R#	1,50 = 1,70
Drahtgepresstes Heu	.....R#	0,40 über Notiz.

Tendenz ruhig.